

Politischer Newsletter 3/2014

Parlament

Die Herbstsession 2014 dauert vom 8. bis 26. September 2014.

Neuer Vorstoss: «Cannabis. Einhaltung des BetmG»

Seit einiger Zeit stellen verschiedene Bewegungen wie die Genfer Bürgerbewegung (Mouvement Citoyens Genevois) oder kommunale Behörden wie diejenigen in Bern, Zürich und Basel Überlegungen zu einer zukünftigen Entkriminalisierung des Cannabiskonsums an. Zurzeit findet sich im Betäubungsmittelgesetz jedoch keine Bestimmung, die eine Entkriminalisierung des Cannabiskonsums ermöglichen würde. Jean-Pierre Grin (SVP / VD) bittet daher den Bundesrat in seiner Interpellation um die Beantwortung folgender Frage: Ist der Bundesrat bereit, jegliche Liberalisierung des Cannabiskonsums - unabhängig welcher Art - abzulehnen, solange das BetmG nicht geändert wird?

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143647

Neuer Vorstoss: «Kontrollierte Cannabis-Abgabe»

Barbara Gysi (SP / SG) beauftragt den Bundesrat in ihrem Postulat, die Aktivitäten der Kantone und Städte sowie die entsprechenden internationalen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Cannabis-Regulierung aktiv zu verfolgen und darüber Bericht zu erstatten. Dabei soll er periodisch die Kantone, Städte und interessierte Kreise über die verschiedenen nationalen sowie internationalen Entwicklungen informieren. Der Bundesrat ist aufgefordert, zu Händen des Parlamentes bis 2017 einen Bericht mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen für das weitere Vorgehen zu verfassen.

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143425

Beantworteter Vorstoss: «Via sicura»

Oskar Freysinger (SVP / VS) bat den Bundesrat in seiner Anfrage um die Beantwortung einiger Fragen zu folgendem Thema: Das neue Strassenverkehrsgesetz «Via sicura» sieht vor, Blaulichtfahrende (Polizei, Feuerwehr, Notfalldienst) strafrechtlich zu verfolgen, wenn sie in der Ausübung ihrer Pflicht die Verkehrsregeln gravierend missachten (z.B. Geschwindigkeitsbegrenzungen).

Der Bundesrat hat die Anfrage am 13. August 2014 beantwortet. Die Anfrage ist somit erledigt.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20141027

Beantworteter Vorstoss: «Todesursache Cannabiskonsum. Konsequenzen für Drogenpolitik des Bundes»

Verena Herzog (SVP / TG) bat den Bundesrat in ihrer Interpellation um die Beantwortung einiger Fragen bezüglich Cannabiskonsum und psychotische Störungen sowie Cannabiskonsum als Todesursache: 1. Wie beurteilt er diese neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse? 2. Welche Konsequenzen hat der Umstand, dass der Cannabiskonsum tödlich ist, für die Präventionspolitik des Bundes? 3. Erachtet er es vor diesem Hintergrund nicht als angezeigt, die ohnehin gesetzwidrige Praxis einiger Städte wie Genf oder Bern, Coffee-Shops trotz geltendem Gesetz und klarem Volks-Nein zur Hanf-Initiative über Pilotprojekte schrittweise zu installieren, als problematisch? 4. Bis wann stoppt er diese illegalen Einrichtungen in Genf und Bern? 5. Wie viele Cannabissüchtige enden mit Psychosen, z. B. der Diagnose Schizophrenie, jährlich in psychiatrischen Kliniken? 6. Wie lange ist ihr durchschnittlicher Aufenthalt in den Kliniken, wie hoch die Rückfallquote von Konsumenten, die einen erneuten Aufenthalt benötigen? 7. Wie hoch beziffern sich die Kosten dieser langwierigen Behandlungen? 8. Wie viel dieser Kosten wird von der obligatorischen Grundversicherung getragen?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 28. Mai 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143147

Am 20. Juni 2014 wurde die Interpellation im Nationalrat behandelt und ist nun erledigt.

Beantworteter Vorstoss: «Kriminalisierung der freiwilligen Feuerwehren durch Nullpromillegrenze»

Bernhard Guhl (BDP / AG) bat den Bundesrat in seiner Interpellation um die Beantwortung einiger Fragen zu folgendem Thema: Seit 1. Januar 2014 ist das 2. Paket der Via sicura in Kraft. Damit gilt u.a. für Neulenkende, FahrschülerInnen und Berufsschauffeure die 0,10 Promillegrenze. Auf dem Merkblatt des Astra: «Verbot des Fahrens unter Alkoholeinfluss», sei erwähnt, dass dies auch Lenkende von Feuerwehrfahrzeugen betrifft, wenn sie Löschschaum transportieren.

Der Bundesrat hat die Interpellation am 13. August 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143337

Beantworteter Vorstoss: «Unerträglicher Formalismus der eidgenössischen Alkoholverwaltung»

Gregor A. Rutz (SVP / ZH) bat den Bundesrat in seiner Interpellation um die Beantwortung folgender Fragen zur Umsetzung des Alkoholgesetzes im Bereich der Werbeverbote für Spirituosen: 1. Besteht nach seiner Auffassung ein ernsthaftes Risiko, dass der mehrfache Gebrauch von mit Spirituosenwerbung bedruckten Tragtaschen einen Einfluss auf den Alkoholkonsum der betroffenen Konsumenten hat? 2. Unterstützt er die restriktive Praxis der EAV, welche für ein generelles Tragtaschenverbot im Zusammenhang mit der Werbung für Spirituosen eintritt? 3. Wie beurteilt er die Tatsache, dass mittlerweile offenbar nicht nur der Gesetzgeber, sondern auch Einheiten der Bundesverwaltung nach eigenem Gutdünken bestimmte Werbeartikel verbieten? 4. Wie soll ein Unternehmen, welches Spirituosen herstellt oder vertreibt, diese (legalen) Produkte bewerben und Marken aufbauen, wenn bald jede Werbung dafür verboten ist? 5. Ist er bereit, die EAV anzuweisen,

die genannte formalistische Praxis zugunsten einer vernünftigeren Handhabung von Artikel 42b AlKG aufzugeben?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 20. August 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143553

Beantworteter Vorstoss: «Drogenfreie Therapie»

Andrea Martina Geissbühler (SVP / BE) beauftragte den Bundesrat in ihrer Motion, abstinenzorientierte Therapien, welche nachweislich Erfolge aufweisen, im gleichen Umfang wie die Substitutionsprogramme mit Heroin und Methadon, finanziell zu unterstützen.

Der Bundesrat hat am 20. August 2014 Stellung zur Motion genommen und die Ablehnung der Motion beantragt.

-> Stellungnahme des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143517

Beantworteter Vorstoss: «Spielbanken. Ständig steigende Aufsichtskosten»

Felix Müri (SVP / LU) bat den Bundesrat in seiner Interpellation, folgende Fragen zu den Aufsichtskosten der Spielbanken zu beantworten: 1. Ist er gewillt, das Wachstum der Aufsichtskosten zu begrenzen, indem es an die Teuerung gebunden wird? 2. Welche anderen Möglichkeiten sieht er um die ständig steigenden Aufsichtskosten der ESBK einzugrenzen? 3. Wird das Wachstum der Aufsichtskosten mit dem neuen Geldspielgesetz noch verstärkt? 4. Wie werden die rund zehn zusätzlichen Stellen finanziert? 5. Wie stark ist das Wachstum in anderen Aufsichtsbereichen (Banken, Versicherungen etc.)?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 27. August 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143477

Beantworteter Vorstoss: «Unterstützung des BAG für Drogenlegalisierungslobby»

Da im Mai 2014 in Basel eine internationale Tagung der Drogenlegalisierungslobby stattgefunden habe, welche vom BAG und den Pharmamultis gesponsert worden sei, bat Andrea Martina Geissbühler (SVP / BE) den Bundesrat in ihrer Interpellation um die Beantwortung folgender Fragen: 1. Ist es nicht fragwürdig, wenn eine solche Tagung mit Steuergeldern unterstützt wird, obschon 74 Prozent der Schweizer Bevölkerung eine Drogenlegalisierung ablehnt? 2. Wie hoch sind die Kosten für den Bund (das BAG) für das Sponsoring, die Teilnehmenden des BAG und deren Arbeitsausfälle?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 14. Mai 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143119

Am 20. Juni 2014 wurde die Interpellation im Nationalrat behandelt und ist nun erledigt.

Beantworteter Vorstoss: «Vorentwurf für ein neues Tabakproduktegesetz»

Bruno Pezzatti (FDP / ZG) bat den Bundesrat in seiner Interpellation um die Beantwortung folgender Fragen zum Vorentwurf des Tabakproduktegesetzes: 1. Wie kommt es, dass ein vertraulicher Vorentwurf an die Medien gelangt? 2. Es macht den Anschein, dass vom BAG zur Zeit weder das Risikoprofil der E-Zigaretten noch dasjenige von Tabakprodukten mit verringertem Risiko genauer geprüft und berücksichtigt werden, indem offenbar E-Zigaretten den gleich strengen Vorschriften unterstellt werden sollen wie herkömmliche Zigaretten. 3. Man konnte in letzter Zeit verschiedentlich davon lesen, dass die Tabakindustrie an Produkten mit einem wesentlich verminderten Gesundheitsrisiko arbeitet und diese bald vermarkten werden. In der Beantwortung des Bundesrates vom 20. November auf die Interpellation Comte hat der Bundesrat noch in Aussicht gestellt, die Wege zur Verminderung der Konsumrisiken zu prüfen und in den Entwurf zum neuen Tabakproduktegesetz einfließen zu lassen. Für den Forschungs- und Entwicklungsstandort Schweiz und auch für die Konsumenten ist es von enormer Wichtigkeit, dass solche Produkte anders als herkömmliche Tabakprodukte reguliert werden und über deren geringere Schädlichkeit informiert werden kann.

Der Bundesrat hat die Interpellation am 14. Mai 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143060

Am 20. Juni 2014 wurde die Interpellation im Nationalrat behandelt und ist nun erledigt.

Beantworteter Vorstoss: «Für eine wirksame Bekämpfung des Drogenkleinhandels»

Christian Lüscher (FDP / GE) beauftragte den Bundesrat in seiner Motion, einen Entwurf zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes vorzulegen, damit, wer auch immer wo auch immer Drogen verkauft, mit einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten bestraft wird.

Der Bundesrat hat am 27. Februar 2013 Stellung zur Motion genommen und die Ablehnung der Motion beantragt.

-> Stellungnahme des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20124072

Die Motion wurde am 5. März 2014 im Nationalrat behandelt und angenommen. Am 13. Juni 2014 wurde sie im Ständerat behandelt und abgelehnt. Die Motion ist somit erledigt.

Kommissionen

Snus: Pa. Iv. «Gesetzliche Rahmenbedingungen für den Vertrieb von Snus schaffen»

Ohne Gegenstimme hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) am 13. August 2014 der Parlamentarischen Initiative «Gesetzliche Rahmenbedingungen für den Vertrieb von Snus schaffen» von Lukas Reimann (SVP / SG) Folge gegeben. Die Initiative fordert, dass die gesetzlichen Grundlagen dahingehend geändert werden, dass Snus mit anderen Tabakprodukten wie Schnupf- und Kautabak gleichgestellt wird. Wenn die Schwesterkommission des Ständerates (SGK-S) auch zustimmt, soll Snus im Rahmen des kommenden Tabakproduktegesetzes geregelt werden.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20130438

Alkohol: «Alkoholgesetz. Totalrevision»

Am 1. Juli 2014 wurde die Vorlage in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) behandelt. Mit 10 zu 3 Stimmen beantragte die WAK-S, auf die Ausbeutebesteuerung zu verzichten. Als Alternative sollen eine Fehlmengenregelung, eine Steuerermässigung für Stoffbesitzer sowie Finanzhilfen für die Schweizer Spirituosenbranche eingerichtet werden. Die Vorlage wird nun am 24. September 2014 im Ständerat behandelt. Anschliessend wird sich die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) damit befassen. Voraussichtlich in der Wintersession (24. November bis 12. Dezember 2014) wird die Vorlage im Nationalrat behandelt. Wenn bis dahin alle Differenzen ausgeräumt sind, wird das Geschäft noch in diesem Jahr abgeschlossen. Unter anderem stehen im September im Ständerat folgende Punkte zur Diskussion (Differenzen zum Nationalrat):

- Mindestpreis: Der Ständerat hatte sich für einen Mindestpreis, der Nationalrat dagegen ausgesprochen.
- Alkoholsteuer: Der Ständerat hatte sich für CHF 29.00 / Liter reinem Alkohol, der Nationalrat für CHF 32.00 / Liter reinem Alkohol ausgesprochen.
- Nachtverkaufsverbot: Der Ständerat hatte sich für ein Nachtverkaufsverbot, der Nationalrat gegen dieses ausgesprochen.
- Ausbeutebesteuerung: Beide Räte hatten sich für diese Steuerform ausgesprochen. Wegen Nicht-Vereinbarkeit mit der Bundesverfassung und den Europäischen Abkommen, muss aber nochmals auf dieses Geschäft zurückgekommen werden.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20120020

Vernehmlassungen

Alkohol: Pa. Iv. «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen»

Der Gesetzesentwurf zur Parlamentarischen Initiative «Komatrinker sollen Aufenthalte im Spital und in Ausnüchterungszellen selber bezahlen» wurde am 26./27. Juni 2014 in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) behandelt. Die Kommission hat den Gesetzesentwurf angenommen. Die Vernehmlassung wurde am 4. Juli 2014 eröffnet und läuft bis am 31. Oktober 2014.

-> Details:

<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20100431

Tabak: «Tabakproduktegesetz»

Die Vernehmlassung zum Tabakproduktegesetz wurde am 21. Mai 2014 eröffnet und dauert bis am 12. September 2014. Neu sollen Tabakprodukte nicht mehr im Lebensmittelgesetz, sondern in einem

separaten Tabakproduktegesetz geregelt werden. Spätestens 2019 soll das neue Tabakproduktegesetz in Kraft treten. Es regelt Vermarktung, Werbung und Abgabe von Tabakprodukten sowie Information zu den Gesundheitsgefahren.

-> Details:

<http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>

<http://www.bag.admin.ch/themen/drogen/00041/14741/14743/index.html?lang=de>